

KREMSE NACHRICHTEN



DIE NACHRICHTEN DER KLS • KREMSE LINKE STADTBEWEGUNG

Bis minus 13 Prozent bei Fernwärme in Krems!

KLS-Initiative war erfolgreich

Auch wenn die SPÖ so tut, als hätte sie die Preissenkung alleine erreicht, die Fakten sehen etwas anders aus.

Mitte Juni wurde KLS-GR Mahrer von einem Bürger auf die Fernwärmepreissenkungen in St. Pölten hingewiesen und aufgefordert für Krems ebenfalls eine Reduktion zu verlangen. Um dieser Sache Gewicht zu verleihen bereite GR Mahrer einen Dringlichkeitsantrag für die Gemeinderatsitzung am 28. Juni vor. Nach der routinemäßigen Vorbesprechung mit Bgm Resch wurde daraus ein Dringlichkeitsantrag der von mehreren Parteien unterstützt wurde. Danke an StR Molnar der vereinbarungsgemäß auf Grund der von GR Mahrer vorgelegten Unterlagen den ge-

meinsamen Antrag vorbereitete. Im Gemeinderat wurde dann ein einstimmiger Beschluss erreicht mit dem die EVN zu Verhandlungen „gebeten“ wurde. Es freut uns von der Kremser Linken-Stadtbewegung, wenn wir für die BezieherInnen von Fernwärme eine Reduktion angestoßen haben. Danke an StR Molnar und die unterstützenden Gemeinderatsfraktionen. Ein Erfolg der Gemeinsamkeit für die BürgerInnen! Das Ergebnis zählt für uns und nicht die Schlagzeile wie bei anderen Parteien!



© Stadt Krems

Eine starke **KLS** • Kremser Linke Stadtbewegung **hilft allen in Krems.**

Unterstütze unsere Arbeit und werde Teil unserer Bewegung, denn je mehr sich aktiv einbringen umso mehr können wir in unserer Stadt bewegen. Wir werden uns weiter im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Verbesserungen stark machen.

Die nächsten offenen Treffen der KLS finden am Montag 29.1., 26.2. und 25.3. jeweils um 18.00 Uhr in unserem Lokal Obere Landstraße 8 statt.

Weitere Termine findest Du auf unserer Homepage: www.kls-krems.at **Wir freuen uns auf Dich!**



**Frohe Festtage
und ein friedliches Neujahr**
wünschen Ihnen die KLS-Gemeinderäte
Wolfgang Mahrer, Nikolaus Lackner
und Ronny Weßling





Unrühmliche Sittenbilder aus Niederösterreich

Der Sager eines ÖVP/ÖAAB Funktionärs „Alte Leute wie ihr gehören alle vergast“ brachte ans Licht, dass die Verteilungsaktion im Kremser Bad nicht angemeldet war. Zu sicher ist man sich offensichtlich bei der ÖVP, dass ihr im „schwarzen NÖ und auch in KREMS“ eh alles ohne zu fragen erlaubt ist. Als die Sache aufflog und der oft berichtete „Vergasungssager“ einen Skandal auslöste, wollte man die Affäre möglichst rasch vergessen machen, indem man Durchgreifen signalisierte und den Kremser ÖAAB Obmann und ältesten ÖVP-Gemeinderat bei Neuwahlen der Stadtleitung des Kremser ÖAAB ersetzen wird. Dieser Gemeinderat hatte mit dem „Vergasungssager“ nichts zu tun. Schon gleich nach der Gemeinderatswahl hatte man ja dessen Gemeinderatsmandat einem jüngeren, radikaleren ÖVP-Mitglied zuschieben wollen. Streng genommen ist dies aber nur die Fortführung der altenfeindlichen Denkweise des damals ausgeschlossenen jungen Funktionärs, da man einen älteren Menschen aus der Politik verdrängt.

GR Mag. Wolfgang Mahrer

Die FPÖ – die *wahren* Eliten

Als eine neue Landesrätin beim blauen Montag am Kremser Volksfest Gift und Galle spuckte, regte sie sich unter anderem wortreich über die Ausbildungskosten der beiden Fuß- und Radverkehrsbeauftragten der Stadt auf. Deren Teilnahme an einem Fortbildungskurs schlug mit wenigen hundert Euro zu Buche^{*)}.

Wo die wahren Eliten sitzen, gegen die die FPÖ ja ständig trommelt, sieht man, wenn man sich das von der öffentlichen Hand bezahlte monatliche Familieneinkommen im Haushalt der Landesrätin ansieht:

Landesrätin:	16.876,-
(plus Dienstwagen mit Chauffeur)	
Gemeinderätin:	894,-
Volksanwalt:	15.001,-
Gesamt mindestens	32.771,- € (brutto)

Der FP Spruch „wir da unten gegen die da oben“ ist also nichts als ein Märchen.

(Quelle: Finanz.at vom 17.11. 2023).

*) Es ging um 2.500€, die im Budget für Ausbildungskosten der beiden Fuß- und Radverkehrsbeauftragten **reserviert** wurden. Konkret in Anspruch genommen wurden 2023 davon nach Abzug der Landesförderung **760,-€**.

Skandal-Bürgermeister Riedl

Das Penthouse des Dorfkaisers

... von Grafenwörth

Ein Profil-Pressebericht^{*)} beschreibt die spezielle Verbindung eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes der stadt-eigenen Wohnbaugesellschaft GEDESAG zum Grafenwörther ÖVP-Bürgermeister und Gemeindebundobmann Riedl. Die Funktion im Gemeindebund hat Riedl wegen laufender Untersuchungen ruhend gestellt. Der im Artikel angesprochene ehemalige GEDESAG-Direktor, hat 2017 für den Kremser Gemeinderat kandidiert und bat damals sogar BewohnerInnen von GEDESAG-Wohnungen brieflich um ihre Stimme für die ÖVP. Der Grafenwörther Bürgermeister erlangte mit seinen Immobiliengeschäften um das Projekt „Sonnenweiher“, welches immer noch untersucht wird, zweifelhafte Berühmtheit. In der Ausgabe vom 1. Oktober schreibt Profil, wie von der WZ-Redaktion (ehemals Wiener Zeitung) schon vorher berichtet, über weitere brisante Immobiliengeschäfte Riedls rund um das Grafenwörther Ortszentrum (Mühlplatz). Bei diesen Geschäften stand ihm die GEDESAG hilfreich zur Seite. Besonders herausstechend: Riedl konnte auf einem von der gemeinnützigen GEDESAG dort errichteten Wohnhaus im Zuge einer „Errichtergemeinschaft“ am Dach sein privates Penthaus bauen, anstatt dass man die Bauhöhe für mehr geförderte Wohnungen genützt hätte. Ob die von Riedl geleisteten anteiligen Zahlungen an die GEDESAG angemessen waren, bleibt in den



von Profil genannten Recherchen genauso offen wie bei anderen GEDESAG-Bauprojekten am selben Mühlplatz. Der damalige GEDESAG-Vorstand hatte schon in einem Bericht des Rechnungshofes zu Bezügen von Top-Managern gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften für Irritation gesorgt, da die Bezüge jene von Vorständen selbst größerer Wohnbaugenossenschaften um ein Mehrfaches übertrafen. Bgm Riedl aus Grafenwörth soll an seinen Grundstücksgeschäften hohe Summen verdient haben.

Offenbar war ÖVP-Engagement in beiden Fällen sehr nützlich.

Die zur gleichen Zeit geplante Ansiedlung der Kremser ÖVP-Zentrale in einem GEDESAG-Eigentumsprojekt zu sehr niedrigen Baukosten (verglichen zu denen anderer Miteigentümer) haben wir als Kremser Nachrichten schon aufgezeigt. Die abwiegelnden Antworten der ÖVP und GEDESAG haben die Unklarheiten nicht beseitigt. Das NÖ-Stadtrechtsorganisationsgesetz erlaubt leider keine Untersuchung der GEDESAG-Geschäfte durch das Kremser Kontrollamt trotz 99%igem Eigentumsanteil der Stadt. Wir müssen uns leider mit der Black-Box GEDESAG abfinden!

*) <https://www.profil.at/oesterreich/skandal-buergermeister-riedl-das-penthouse-des-dorfkaisers/402613157>

Interview der KN mit KLS-Gemeinderat Niki Lackner

„Wir sind die Lobby jener, die keine haben!“

Kremser Nachrichten:

Wie bewertest Du die laufende Gemeinderatsperiode bisher politisch?

GR Niki Lackner: Überraschend Positiv ist das gute Gesprächsklima mit den kleineren Oppositionsparteien der NiK, Grünen und MFG. Hier ist eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt oft möglich gewesen. Die SPÖ bemüht sich redlich, den eingeschlagenen Kurs der Budgetkonsolidierung und des Schuldenabbaus fortzusetzen, was wir auch unterstützen. Sie wirkt leider ob Ihrer Größe manchmal unflexibel, da die MandatarInnen unter Klubzwang stehen und nicht wie die KLS das freie Mandat lebt.

Weniger Zusammenarbeitsfähigkeit sehe ich bei den Fraktionen von FPÖ und ÖVP, was vor allem an deren abgehobener Kommunikationsstrategie liegt. Da will man lieber vorab mit Zeitungsberichten punkten und sein eigenes mediales Süppchen kochen, als sich mit den anderen Fraktionen abzustimmen um ein Sachthema im Gemeinderat wirklich durchzubringen. Wenn es dann nicht klappt zieht man sich sofort auf die Opferrolle zurück. Das ist das genaue Gegenteil von konstruktiver Arbeit.

Du bist seit 2017 KLS Gemeinderat und zugleich Bezirkssprecher der KPÖ. Wie beurteilst Du die Aufgaben und Chancen der KPÖ im „Superwahljahr“ 2024?

Die Wahlerfolge vom Team der Aktiven und GenossInnen rund um Bürgermeisterin Elke Kahr in Graz und vor allem Kay-Michael Dankl in Salzburg haben einen medialen Paradigmenwechsel eingeläutet. Die „gläserne Decke“ ist durchbrochen und allenthalben werden der KPÖ weitere Wahlerfolge zugetraut, bis hin zum Wiedereinzug in den nächsten Nationalrat. Mit Tobias Schweiger und Bettina Prohaska wurde jüngst ein attraktives



„Das Leben muss für die Menschen wieder leistbar werden. Dafür trete ich auch im Gemeinderat mit der KLS konsequent ein. Mit Energiekostensenkung, Härtefallfonds, Verbesserungen beim Wohnen.“

SpitzenkandidatInnenduo gewählt. Man spürt wie dringend notwendig die Argumente der KPÖ in diesen Zeiten sind, denn meist zielen die derzeitigen Parlamentsparteien auf Machterhalt durch Verschiebung des Diskurses nach rechts ab. Diese Lücke wird die KPÖ füllen, sowohl bei der NR-Wahl, als auch bei der EU-Wahl und vor allem bei den Landtagswahlen in der Steiermark und der Gemeinderatswahl in Salzburg, wo es sogar möglich scheint, in die Bürgermeisterstichwahl zu kommen.

Welche Themen werden Deiner Meinung nach in Krems in den nächsten Monaten eine wichtige Rolle spielen?

Soziale Themen wie Wohnen, Teuerung, Mietenexplosion, Reallohnverluste und die Leist-

barkeit der Grundbedürfnisse. Viele Menschen in Krems plagen diese Sorgen täglich. Man bemerkt überall, wie der Wind der sozialen Kälte durch das Leben der PensionistInnen, der Teilzeitbeschäftigten und der GeringverdienerInnen pfeift. Vor der Geschäftsstelle der EVN bildeten sich in den letzten Monaten oft Schlangen Verzweifelter, die sich mit horrend gestiegenen Energierechnungen konfrontiert sahen. Die Unsicherheit in der Gesellschaft wächst, und wir von der KLS werden weiterhin an allen möglichen Stellschrauben drehen um wirksam dagegen anzukämpfen. Als nächstes werden wir uns z.B. den spekulativen Leerstand von Wohnraum vornehmen. In anderen Bundesländern, die teils sogar ÖVP geführt sind, gibt es bereits eine Leerstandsabgabe.

Welche Erfolge konnten in dieser Periode bisher erzielt werden?

Die Einrichtung des Härtefallfonds und seine Befüllung mit rund 200.000 Euro erfolgte auf unseren KLS-Vorschlag hin, ebenso die Neuverhandlung der Fernwärmepreise mit der EVN. Dank uns gibt es in Stein wieder Bankomaten und somit Zugang zu Bargeld. Das Parkpickerl für Beschäftigte in der Innenstadt gelang auf unseren Druck hin, um nur einige zu nennen.

Was ist Deine persönliche Motivation Dich für die KLS zu engagieren?

Soziale Politik für die Menschen zu machen – dort wo ich lebe und arbeite. Stimme der Vielen sein: Als Arbeiter kenne ich die Lebensrealitäten der Lohnabhängigen ebenso wie die Probleme jener, die in unserer Gesellschaft aus anderen Gründen unterprivilegiert sind. Krems ist eine schöne Stadt, aber auch hier gibt es versteckte Armut und zunehmend mehr Menschen die auf Hilfe angewiesen sind. Wir sind die Lobby jener, die keine Lobby haben.

Der Gemeinderat ist sprichwörtlich das Fundament der Demokratie. Nirgends sonst in unserem demokratischen System kann man so direkt Politik machen, denn man kennt die Menschen, die man vertritt oft sogar persönlich. Die Telefonnummern der KLS Mandatäre stehen im Netz und in unserer Zeitung, BürgerInnen können sich so direkt an uns wenden und oft gelingt es uns bei Problemen zu helfen. Als einzige Fraktion geben wir unsere Gemeinderatsbezüge zur Gänze weiter und verwenden das Geld für unsere politische, mediale und kulturelle Arbeit ebenso wie für Hilfe in Notlagen. Wenn man nicht abgehoben agiert versteht man, wo bei den Menschen der Schuh drückt.

Aus dem Kremser Gemeinderat und der Stadtpolitik

ÖVP bleibt bei Blockade

In der **Gemeinderatssitzung am 28. Juni 2023**, die in der Feuerwache Krems-Süd stattfand, ging es vor der Sommerpause volle vier Stunden (!) lang heiß her. Gleich der erste Punkt betraf den ÖVP-Initiativantrag zum Stopp der Ausdehnung der gebührenpflichtigen Blauen Zone auf Stein und Förthof. Die ÖVP hatte im Vorfeld 496 Unterschriften gegen die neue Gebührenpflicht gesammelt, allerdings ohne die unterschreibenden Bürger vorab zu informieren, dass laut § 8 Abs. 2 NÖ-Stadtrechtsorganisationsgesetz (STROG), Begehren die Gebühren betreffen, nicht erlaubt sind und im Gemeinderat nicht behandelt werden dürfen. Mit dieser Begründung hat Magistratsdirektor Hallbauer die Diskussion zu diesem ÖVP-Antrag strikt unterbunden. Wenn die Unterschreibenden fairer Weise von den ÖVP-Unterschriftenkeilern über dieses gesetzliche Verbot informiert worden wären, hätten die meisten wohl nicht unterschrieben. Aber Gesetze interessieren nicht, wenn es um plumpen Stimmenfang und die Aufhetzung von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Bürgermeister geht. Den Gipfelpunkt der ÖVP-Faktenverdrehung gab es dann in der Augustausgabe von „kremser konkret“ der ÖVP: „SPÖ schmettert Bürgerinitiative gegen das Parken ab“, war zu lesen. Bgm Resch hat nur den Antrag und die gesetzliche Unzulässigkeit der Behandlung laut STROG verlesen. Der Antrag auf Ablehnung dieses gesetzeswidrigen ÖVP-Wunsches wurde mehrheitlich angenommen. Danach kamen Satzungsänderungen für Eigenbetriebe der Stadt, Anlagerecht und ELAK-Adaptierung sowie Tarifierhöhungen für Werbung im Stadtjournal zur Abstimmung und wurden einstimmig beschlossen. Bei der Bestellung von neuen Mitgliedern des Kremser Gestaltungsbeirates hat sich die

KLS der Stimme enthalten. Der Beitritt der Stadt zur erneuerbaren Energiegemeinschaft – die Förderbedingungen des Bundes zur Sanierung des Alarmbeckens sowie die Vergabe des Hochwasserschutzbaues am Kremsfluss in Rehberg – wurde einstimmig beschlossen.

Stadtschulden weiter erheblich reduziert

Danach kamen die Rechnungsabschlüsse 2022 der Stadt sowie der Stadtbetriebe zur Diskussion und wurden einstimmig beschlossen. Die Stadt konnte mit einem positiven Nettoergebnis von 7,3 Mio. €, die Stadtbetriebe mit einem positiven Ergebnis von 1,1 Mio. € die geplanten Ergebnisse der Voranschläge weit übertreffen. Besonders die Bundesertragsanteile waren um 3,9 Mio. € höher als erwartet. 17,5 Mio. € betrug 2022 die städtischen Investitionen. Sensationell war die Reduktion der Schulden unserer Stadt von 80,9 Mio. auf 47,7 Mio. Euro. Kreams konnte seit 2013 96 Mio. Euro Schulden zurückzahlen und so den von der ÖVP zurückgelassenen Schuldenberg von 143 Mio. € um 2/3 abbauen! Damit sind wir dreimal in Folge zukunftssicherster Bezirk Österreichs. Die ÖVP nörgelte trotz dieses in Österreich einmaligen Budgeterfolgs herum, indem sie etwa die noch nicht erfolgte Sanierung Austraße beklagte. Dass man diese zweite Stadteinfahrt nicht gleichzeitig mit der Ringstraßensanierung zur Baustelle machen kann, ohne ein totales Verkehrschaos zu verursachen, sollte aber wohl jedem einleuchten. GR Mahrer als Leiter des Kontrollausschusses konnte die positiven Prüfberichte zu beiden Rechnungsabschlüssen vortragen und dankte dem Finanzdirektor und seinen MitarbeiterInnen für die hervorragende Arbeit. Die Berichte wurden einstimmig zur

Kenntnis genommen. Die Subvention für den Handballverein und die Erhöhung der Wirtschaftsförderung wurden einstimmig beschlossen. Genauso wie die Anträge zur Mittagsverpflegung in Kindergärten und Volksschulen. Ein Zusatzantrag von GR Simlinger zur Treffsicherheit der Förderungen für armutsgefährdete Familien wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ leider abgelehnt. Einstimmig hingegen wurden provisorische Zwischenlösungen für zusätzliche Kindergartenplätze in Rehberg und am Auparkweg beschlossen. Drei Dringlichkeitsanträge bekamen ebenfalls die einstimmige Zustimmung: Der Verkauf

»KLS Antrag zur Senkung der Fernwärme-Preise war erfolgreich. Ermäßigung um 13 Prozent kommt.«

des ehemaligen FF-Hauses in Thallern, der Erhalt der Volksschule Egelsee und die Senkung der Fernwärmetarife in Kreams. Bei der VS Egelsee betonte GR Mahrer, dass die im Vorfeld verbreitete Behauptung, er sei für den Abbruch der VS Egelsee, falsch sei und er schon immer für den Erhalt der Schule gekämpft habe. Den Initiativantrag zur Senkung der Fernwärmepreise hatte GR Mahrer initiiert und damit schriftliche Zustimmung bei SPÖ, FPÖ, Grünen, NIK und MFG gefunden. Zwischenzeitlich haben hochrangige EVN-Vertreter Ermäßigungen zugesagt und 13% als Prozentsatz genannt.

In der langen und stürmischen **Gemeinderatssitzung am 27. September 2023** enthielt sich die KLS bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Fr. Wag-

ner-Pischel von der DPU-Zahnuni, da sie in einem Zeitungsinterview meinte „... Es wäre klug, alle Studierenden auf eine private Universität zu schicken und die staatlichen aufzugeben oder so wie eine Private University zu organisieren.“ (<https://www.derstandard.at/story/1250691500230/es-waer-klug-staatliche-unis-aufzugeben>) Für Studenten ohne superreiche Eltern bei Studiengebühren von 24.000 €/Jahr eine Provokation. Wer kann sich dann ein Studium noch leisten? Einem ÖVP-Dringlichkeitsantrag zu einer Sportanlage in Gneixendorf wurde die Dringlichkeit verwehrt, da das Thema aufgrund früherer Anträge bereits in Ausarbeitung ist und in den Ausschüssen behandelt wird. Ein Bericht des HistorikerInnenbeirates wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Breite Meinungsverschiedenheiten zwischen BefürworterInnen von Verkehrsberuhigung und mehr Begrünung am Hohen Markt und Verfechtern des PKW-Verkehrs samt Parkraum gab es bei dem Beschluss zum zweiten Teil der Umgestaltung,

die aber mehrheitlich auch mit den KLS Stimmen beschlossen wurde. Die Ausschreibungsbedingungen zu den Verkehrsüberwachungsdienstleistungen, eine Annahme von Förderungen für die Ringstraßensanierung sowie eine Berichtigung bei den Tarifen der schulischen Tagesbetreuung wurden einstimmig beschlossen. Die Subvention von 20.000 für das Wachauer Volksfest mehrheitlich, da die KLS dagegen stimmte, weil ihr Vorschlag nur dann zu subventionieren, wenn das Fest einen Verlust ausweisen würde, abgelehnt wurde. Wir sind gegen „Gewinnaufstockungen auf Steuerkosten“ bei ohnehin wohlbestallten Unternehmern. Ein Antrag auf eine Photovoltaikanlage am Dach der Sporthalle von ÖVP-Stadträtin DI Laister

Da liegt viel verbaute Energie und Geld brach.

Misstand Parkhausbewirtschaftung

Am Samstagvormittag herrscht in den innerstädtischen Parkhäusern gähnende Leere – doch die über 200 freien Parkplätze in der Innenstadt stehen durch das Dauerparksystem nicht zur Verfügung.

Es ist ein ganz normaler Samstag Vormittag, 11 Uhr: Während am Südtiroler Platz nicht ein einziger der 65 Stellplätze frei ist und genervte AutolenkerInnen ihre Kreise ziehen, herrscht im direkt nebenan befindlichen Parkdeck Kasernstraße gähnende Leere. 94 freie Parkplätze sind vorhanden, dürfen aber nicht verwendet werden, weil sie an Fixparker vermietet sind.

Das gleiche Bild ergibt sich im am anderen Ende der Altstadt gelegenen Parkhaus Ringstraße. Dort befinden sich weitere 124 freie Parkplätze, ebenfalls nicht nutzbar, da sie Dauerparkplätze sind. Die beiden Parkhäuser Kasernstraße und Ringstraße befinden sich drei Gehminuten von der Fußgängerzone entfernt und sind am Samstagvormittag nur zu 28% bzw 22% ausgelastet. Am Freitagvormittag ist die Auslastung mit 54% (Kasernstr.) und 39% (Ringstr.) auch sehr gering, über 150 Stellplätze sind nicht belegt. Zählt man das nur



Parkdeck Kasernstraße am Samstag Vormittag – zur Fußgängerzone sind's drei Gehminuten.



KLS-GR Ronny Weßling:
„Die vorhandenen Parkplätze müssen auch benutzbar werden. Es wirkt gegen Lärm und Luftverschmutzung – hilft dem Klima und uns allen, wenn hunderte AutofahrerInnen weniger durch die Innenstadt kreisen auf der Suche nach einem Abstellplatz.“

sieben Gehminuten vom Täglichen Markt entfernte Parkhaus Altstadt dazu, so erhöht sich die Anzahl unbelegter Stellplätze am Samstagvormittag auf knapp 400 Stück. Zum Vergleich: Die

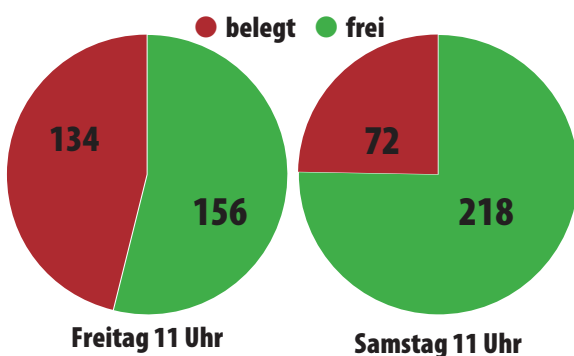
gesamte blaue Altstadtparkzone wartet mit 1040 Stellplätzen auf, in der aber auch etwa 400 Bewohnerparkkarten ausgegeben wurden.

Um das brachliegende Potential der drei städtischen Parkhäuser besser nutzen zu können, müsste die Bewirtschaftung von Dauer- auf Kurzparken umgestellt werden. Die Fixparker nutzen die Parkplätze teilweise nur wenige Stunden pro Woche, blockieren aber die ganze Zeit wertvollen Parkraum. Hier gilt es die vorhandenen Parkplätze für alle Menschen und jederzeit nutzbar zu machen und nicht nur für einige wenige, die sich für 50 oder 60€ je Monat ihren eigenen Parkplatz mieten.

Unser Lösungsvorschlag im Detail:

- Die Parkhäuser werden Teil der regulären Parkflächen der grünen Parkzone (Entfall der Dauerparkstellplätze, Gebühren im Parkhaus sind ident mit den Straßenparkplätzen, keine Schranken, Ticketkauf per Automat oder Handyparken)
- Einrichtung eines dynamischen Parkleitsystems zur Anzeige freier Parkhauskapazitäten. Aufstellung bei den wichtigen Stadteinfahrten und bei der Zufahrt zu den Parkhäusern
- Parken mit gültigem Parkschein sowie mit Beschäftigten- oder Bewohnerparkkarte (eventuell auch der blauen Zone?)
- Durchführung bewusstseinsbildender Maßnahmen (Gehzeitangaben für die Stecke Fußgängerzone-Parkhaus, Gehzeitkarte)
- Attraktivierung der Parkhäuser (Optik, Beleuchtung, Altstadt-Ausgang Parkhaus Ringstraße) und Wegverbindungen Altstadt-Parkhäuser

Stellplätze in 3 Gehminuten zur Fußgängerzone



Auslastung der Dauerparkplätze in den städtischen Parkhäusern

Leserbrief – Preiserhöhungen bei der EVN trotz sinkender Marktpreise?

Energiepreise jetzt überprüfen!

Der Leserbrief spricht die Missstände bei den mehrheitlich in Bundes- und Landeseigentum stehenden Energieunternehmen deutlich an. Gerade bei diesen könnten die Regierungen rasch Verbesserungen umsetzen:

Ich bin ein aufmerksamer Leser der Kremser Nachrichten. Es wäre für viele Menschen sehr hilfreich könntet ihr einen Beitrag zum Thema Energie veröffentlichen.

Ich wurde im Juni 2023 mit der Nachricht konfrontiert, dass mein Energielieferant, die EVN, meinen Strompreistarif „Optima Flex“ um den Faktor 2,8 von 24,81 Cent auf 71,34 Cent erhöhen will. Nach einem kurzen Anruf bei der EVN wurde mir diese Nachricht von einem Mitarbeiter bestätigt. Bei einem Verbrauch von rund 4.000 Kilowattstunden ergäbe das einen Preisunterschied von satten € 1.800 pro Jahr!

Ich kann nur jedem Strombezieher empfehlen seinen Tarif, so er ihn vor allem bei einem teilstaatlichen Unternehmen hat, genauestens zu durchleuchten. Ich selbst begab mich auf die Suche und wurde auf meiner Recherche dank des www auch fündig. Es gibt eine Reihe privater Stromanbieter, wie z.B. gogreenenergy“, „unsere Wasserkraft“, „oekostrom“ oder „montana“ um nur einige zu nennen, die allesamt günstigere Tarife anbieten als die EVN.

Soweit so gut, ich habe meine Stromkosten wieder im Griff. Was bleibt ist die Frage nach dem Grund einer solch exorbitanten Preiserhöhung trotz

sinkender Marktpreise und aller Beteuerungen unserer Politiker, sei es im Bund oder im Land. Sei´s unser Bundeskanzler, der medienwirksam gemeint hat: „wir lassen uns nicht weiter von den Energiekonzernen papierln“, oder unsere Landeshauptfrau, die sich für die Menschen und Betriebe ach so opfert.

Was also sind die Gründe? Der Ausbau der Umspannkapazitäten? Wohl kaum, schon aus dem Endbericht der Ministerien Umwelt, Arbeit und Soziales, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft aus dem Jahr 2016 sind die Ziele zur Energieverwendung weitgehend definiert. Es war also ausreichend Zeit Rücklagen zu bilden. Also von plötzlich und unvorhersehbar keine Rede.

Die Merit Order? Diese Regelung kann jederzeit geändert werden, Voraussetzung dafür ist

lediglich der Wille, nicht mehr und nicht weniger.

Vielleicht sollte den Herrschaften der Politik einmal erklärt werden, dass diese Betriebe wie z.B. die EVN, Wien Energie oder der Verbund ihnen „gehören“ und es, wenn sie es wirklich wollten, das einfachste der Welt wäre die Tarife entsprechend anzupassen und den Menschen dieses Landes zu helfen. Die Steakholder würden´s mit a bisserl weniger auch aushalten. Oder widerspräche das Thomas Schmid´s Credo: „Vergiss nicht – du hackelst im ÖVP-Kabinett. Du bist die Hure für die Reichen“?

Die Regeln des Kapitalismus wurden von Menschen gemacht, sie können von Menschen auch wieder geändert werden.

A. R.

Ein gutes Hilfsmittel zur Überprüfung Ihrer Energiepreise ist der **Tariffkalkulator auf www.e-control.at**

Aus dem Kremser Gemeinderat

Fortsetzung von Seite 4

wurde erst gar nicht behandelt, da sie übersehen hatte, dass die Kostenhöhe eine vorherige öffentliche Ausschreibung nötig gemacht hätte. Dieser PV-Ausbau wäre auch nicht in ihre Budgetmittelverfügbarkeit gefallen. Der Antrag auf einen Fahrradweg durch den Campus Krens von ÖVP-Gemeinderätin Dr. Hochstätger wurde nach heftiger Diskussion ebenfalls vor der Beschlussfassung abgesetzt, da die Benutzungsbedingungen samt Folgekosten ungeklärt waren. Diese beiden ÖVP-Anträge wurden offenbar wegen der erhofften Schlagzeilen in Lokalmedien unter Umgehung der zuständigen Magistratsabteilungen und politischen Verantwortlichen eingebracht. Seriöse Gemeindearbeit sieht anders aus und verlangt statt mediengepuschten Einzelaktionen viel gemeinsames Zusammenwirken

von Verwaltung und politischen Kräften.

In der **kurzen Gemeinderatsitzung vom 25. Oktober 2023** wurden zu Beginn zwei Anträge mangels 2/3 Zustimmung zur Dringlichkeit abgelehnt: Die FPÖ wollte eine Vorbereitung des Hohen Marktes zur Videoüberwachung. Die ÖVP die drastische Reduzierung der Lustbarkeitsabgabe, die bei der Stadt Einnahmeverluste von über 120.000 Euro bewirkt hätte. In Vorbereitung dieses Antrages hat die NÖN als Schlagzeile von einer Raubrittersteuer geschrieben. Ohne zu erwähnen, dass diese Abgabe 2011 vom damaligen ÖVP-Finanzstadtrat Hagmann zum Abbau des riesigen Kremser Schuldenberges der von den ÖVP-Bürgermeistern angehäuft wurde, eingeführt wurde. Den (offenbar gewollt?) falschen Eindruck Bgm Resch sei der

„Raubritter“ hat GR Mahrer in späterer Diskussion zurechtgerückt.

Die vier geplanten Tagesordnungspunkte – Weiterführen des art & science Onlinema-

gazins – neuer Studentakt für „Stadtbuslinie 7“ – Subvention für den KSC – Vermögensaufteilung der Schulgemeinden nach deren Auflösung – wurden alle einstimmig beschlossen.



Wer wissen will, was im Gemeinderat wirklich los ist, kann sich auch vergangene Sitzungen im Internet ansehen: www.krems.at/rathaus/politische-gremien/gemeinderat-archiv

Gesundheit für alle statt Zwei-Klassen-Medizin

Vor dem Kollaps des Gesundheitssystems

Früher hat der Hausarzt bei schweren Gesundheitsschäden, den Patienten zur Durchuntersuchung ins Spital geschickt. Nach der Diagnose erfolgte dort die Behandlung oder Überweisung zu Spezialisten bzw. Kureinrichtungen. Jetzt wird man in Notaufnahmen meist abgeschasselt und nach Begutachtung zu Fachärzten, MRT und CT-Instituten geschickt. Die Termine bekommt man, so man kein Bargeld hinlegt, meist nach vielen Wochen und der Weg zur Genesung wird zum oft schmerzhaften und lebensbedrohlichen Spießrutenlauf. Trotzdem zeigt sich die Ärztekammer nicht gewillt, Verbesserungen mitzutragen, sondern droht mit der Aufkündigung aller Kassenverträge.

Der ewige Streit ums Geld zwischen Bund, Ländern und Krankenkassen hat vor allem strukturelle und parteipolitische Ursachen. Wäre das Gesundheitswesen in einer Hand mit einheitlicher Finanzierung könnte viel aufgeblähte Verwaltung in den Ländern wegfallen und könnten Strukturen nach Bevölkerungsdichte und Bedarf (z.B. bei höherem Anteil älterer Menschen) organisiert werden. Aber die Landesspitzen der Politik kämpfen um ihre Macht, was Postenschacherei und Stimmenfang mit Gesundheitsthemen

finanziert durch öffentliche Gelder bedeutet. So hat z.B. die Krankenkassenreform von Kurz nicht die versprochene Milliarde eingespart, sondern nur zusätzlich hunderte Millionen Verluste verursacht. Sie diente nur dem Zweck, die Vertreter der Arbeitnehmer weitgehend aus der Entscheidungsgremien der Kassen zu eliminieren. Dabei tragen die ArbeitnehmerInnen als Versicherte durch die Medikamentengebühren und Selbstbehalte immer mehr als den ursprünglich zugedachten Hälfteanteil der Mittelaufbringung. Das zeigt wie unverschämt gelogen wird, wenn es um politische Macht geht. Der Versuch der Krankenkassen und Spitäler, der Pharmaindustrie Preise vorzugeben hat zu profit erhöhenden Auslagerungen der Medikamentenproduktion nach Asien geführt. Jetzt wird von dort jener Markt/ Staat bedient, der die höchsten Preis zahlt. Wir in Österreich haben dadurch krasse Versorgungsengpässe selbst bei Dingen wie Hustensaft für Kinder oder Antibiotika und Cortison! Aber sogar das „Rote Wien“ hat vor Jahrzehnten seine Wiener Heilmittelwerke privatisiert. Der Fehlglaube, unkontrollierte kapitalistische Marktwirtschaft sei die bessere Wirtschaftsform, hat zuletzt aber Dämpfer hinnehmen müssen, wie die aktuellen Ver-

sorgungskrisen, Inflation und Klimakatastrophen zeigen. Ein bedarfsgerechtes Gesundheitssystem mit Finanzierung aus einer Hand würde die politischen Kämpfe um Einfluss und Geld beenden. Statt Politikern und Gesundheitsökonomern sollten ÄrztInnen, Pflegepersonal und PatientenvertreterInnen die Entscheidungen treffen können, die dem aktuellen Stand der Medizin und dem Bedarf der PatientInnen entsprechen. Die Kosten sollten von ArbeitnehmerInnen und Wirtschaftstreibern, wie ur-

sprünglich geplant, je zur Hälfte aufgebracht werden. Dabei sollte der kluge Vorschlag des ehemaligen Sozialministers Dallinger einer Umsatz/ Gewinn bezogenen Abgabe auf Unternehmerseite angedacht werden. Dies würde der Verschwendung, Sozialabgaben durch prekäre Arbeitsverhältnisse mit Lohndumping oder Verlagerungen ins Ausland zu vermeiden, einen Riegel vorschieben und zusätzlich gewinnstarke Branchen mit wenig Personal wie Banken, Immobilienfirmen, Börsenspekulanten mit in die Finanzierung einbinden.

Landeskrankenhaus Krams

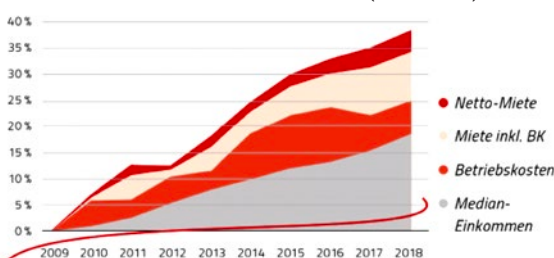
Wegen der politischen Vorbehalte der Landes-ÖVP gegen das „rosarote“ Krams ist bei uns die Krankenhaussituation besonders drastisch. Das Land versprach 2014 einen Neubau, verweigert ihn aber seither.

Das verhindert moderne Arbeitsbedingungen für das ohnehin knappe Gesundheitspersonal, verursacht Hygieneprobleme und ist für den veralteten Brandschutz verantwortlich. Das steht im Widerspruch zu einer modernen Gesundheitsversorgung.

Als vor einigen Jahren das Land klammheimlich auch noch die Herzkathederstation nach Zwettl abziehen wollte, hat KLS-GR Mahrer mit einem Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat dies verhindert. Jetzt gilt es den versprochenen Neubau beim Land massiv einzufordern. Unsere Stadt hat damals eine Schule abgerissen, um dem Land das Grundstück für den Spitalsneubau zu „schenken“. Der Ersatzbau „Schulzentrum“ kostete uns 28 Mio. Euro.

Lassen wir uns vom Land nicht länger hinhalten!

Steigerung der Mieten im Vergleich zum Median-Einkommen (in Prozent)



18%

Zuwachs
Brutto-Median-
einkommen

38%

Steigerung
Netto-Mieten

25%

Steigerung
Betriebskosten

Quellen: Statistik Austria, Einkommensanalysen AK Niederösterreich

Herbstlohnrunde mit scharfem Gegenwind

Arbeitgeber vor Herbstlohnrunde: „Vielleicht muss es krachen,“ titelte der Kurier am 25. September. Da war das Gejammer von der Unbezahlbarkeit der Lohnforderungen der Gewerkschaft, der Gefährdung des Wirtschaftsstandortes etc.

Bei den Mietgesetzen hat sich die Immobilienbranche aber gleich das Recht gesichert, sogar mehrmals jährlich eine Inflationsanpassung/ Mieterhöhung vorzunehmen, wenn fünf Prozent Inflation überschritten werden. Den Arbeitnehmern der Metallbranche wird jetzt aber ein Lohnabschluss,

der die Preis- und Mietexplosionen abdeckt, als überzogen verwehrt. Die Wirtschaft sollte aber bedenken: Wenn die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen infolge von Lohnabschlüssen, welche die Inflation nicht abdecken, sinkt und die Immobilienhaie und Banken, welche den Wohnbau finanzieren, immer mehr vom „Lohnkuchen“ wegfressen, drohen dem Handel und der Konsumgüterindustrie massive Umsatzeinbrüche. Das Arbeitgeberangebot von 2,5% und Einmalzahlungen sind eine Provokation und Streiks die einzig richtige Reaktion!



Kultur Mitte Kreams berichtet

Ausstellung „Geschichten mit...“ von **Gabriele Müller**

Die Vernissage am 22. September hat wieder für großen Andrang in unseren Ausstellungsräumen gesorgt. Als Obmann konnte Wolfgang Mahrer viele Freundinnen und Freunde aber auch Bekannte der

Künstlerin Gabriele Müller begrüßen. Mag.^a Christine Hermann als Kunstbegeisterte stellte die Künstlerin und ihre Exponate und die zugrundeliegenden Techniken vor. Die Bilder von Gabriele Müller sind

von seltsamen Wesen bewohnt. Manche erscheinen exotisch, andere wiederum sind recht vertraut. Oft wird dabei die Welt augenzwinkernd betrachtet. Die Eröffnung nahm Bgm Dr. Resch vor. Gerald Jatzek brachte Folksongs aus vielen Ländern. Unter den Dutzenden begeisterten Vernissagengästen waren auch Vizebürgermeisterin Eva Hollerer und Stadtrat KR Prof. Helmut Mayer, sowie KLS-GR Ronny Weßling, Kulturamtsleiter MMag. Gregor Kremser und Prof. Ewald Sacher, Obmann des NÖ Kulturforums.



Vbgmin Eva Hollerer, StR Prof. Mayer, Mag.^a Chris Hermann, Obmann GR W. Mahrer, Mag.^a Gabriele Müller, Bgm Dr. Reinhard Resch, Gerald Jatzek (v. l. n. r.)

Ausstellung „Feuer und Erde“

Die Verbindung zweier Naturelemente, dies war der Titel der Ausstellung von Uli Rausch und Martha Platzer in der Kultur Mitte Kreams. Bei der Vernissage am 17. November herrschte enormer Andrang. Zu den Werken und Künstlerinnen sprachen GRin Mag.^a Elisabeth Kreuzhuber, die Kulturbeauftragte des Bürgermeisters der Stadt Kreams, und Prof. Ewald Sacher, Obmann des NÖ Kulturforums, die gemeinsam mit dem Obmann der Kultur Mitte, GR Mag. Wolfgang Mahrer, die Eröffnung vornahmen.

Neben einer Vielzahl an Künstlerinnen und Künstlern konnten auch Stadtrat Günter Herz und Gemeinderat Ronny Weßling, begrüßt werden.

„Feuer“ steht für die Rakutechnik, die Uli Rausch in ihren Keramikobjekten zeigt. „Raku“ bezeichnet eine äußerst arbeitsaufwendige Brennmethode für Keramik, die aus dem Japan des 16. Jahrhunderts stammt. Zum Thema „Erde“ zeigte Martha Platzer Bilder voller Vitalität und Wärme. Impulsiv und ursprünglich ist die Handschrift ihrer ausgestellten Werke.



StR Günter Herz, Prof. Ewald Sacher, Uli Rausch, Martha Platzer, GR Mag. Wolfgang Mahrer, GRin Mag.^a Elisabeth Kreuzhuber, GR Ronny Weßling (v. l. n. r.)

Kultur Mitte Kreams trauert um **Hadmar Lichtenwallner** – unsere Gedanken sind bei seinen Angehörigen.

KLS • **Kremser Linke Stadtbewegung**

www.KLS-KREMS.at

Sprechstunden nach telefonischer Vereinbarung

GR Wolfgang Mahrer

☎ 0664/524 98 62

✉ wolfgang_mahrer@gmx.at

GR Nikolaus Lackner

☎ 0676/558 53 73

✉ lackner@kpoe.at

GR Ronny Weßling

☎ 0650/585 46 66

✉ ronny.wessling@gmx.at

Zusätzlich ist unser Büro als Anlaufstelle für Ihre Anliegen für Sie zu folgenden Terminen offen:

jeweils Donnerstag: 11. und 25. Jänner sowie 8. und 22. Februar, zwischen 11 und 13 Uhr

Obere Landstraße 8, 1. Stock